



DEMOKRATESCH
PARTEI

Die Klimabank bringt Schwung in die Klimapolitik

26. September 2011

www.dp.lu

EINLEITUNG

In ihrem Positionsdokument „Umweltpolitik, die Zukunft hat!“ aus dem Jahr 2008 hat die DP sich für die Schaffung einer Klimabank eingesetzt. Die DP will mit Hilfe der Klimabank zusätzliches Tempo in die Energiepolitik bringen. Dabei soll die Klimabank als Kerninstrument zum Erreichen der Luxemburger Klimaziele aufgebaut und eingesetzt werden und damit den Weg aus der Abhängigkeit von fossilen Energien ebnen.

In den Augen der DP muss Klimaschutzpolitik neben dem primären Ziel der CO₂-Senkung folgendes leisten: Sie muss die Kaufkraft der Bürger stärken, die Unternehmen bzw. die Wirtschaft stärken, neue Jobs schaffen und bestehende sichern. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es eines unabhängigen, marktorientierten und investitionsstarken Akteurs wie der Klimabank. Durch die Vorfinanzierung ihrer Investition in die Energieeffizienz ihrer Wohnung und Produktionsanlagen mit Hilfe einer Klimabank, können wir den Haushalten und Unternehmen den Weg aus der Erdölpreisfalle ebnen. Die Klimabank könnte daneben ein interessantes Instrument für die Wirtschaft (Forschung&Entwicklung, Bauwesen,...) und den Finanzplatz sein.

Die DP begrüßt deshalb ausdrücklich, dass das Parlament in seiner Sitzung vom 7. April 2011 eine von der DP eingebrachte Motion gutgeheißen hat, die die Regierung dazu auffordert, die Schaffung einer Klimabank zu studieren. Das vorliegende Positionspapier will einen Beitrag dazu leisten, die von der DP angeregte Idee einer Klimabank voranzutreiben.

1. KAPITEL

Verwaltungslogik statt Marktlogik: Die Probleme der heutigen Klimaschutzpolitik

Die DP will Energie- und Klimaschutzpolitik so gestalten, dass die Haushalte und die Wirtschaft unabhängiger von fossilen Energien bzw. der Entwicklung der internationalen Energiepreise werden. Diese Politik führt auf Dauer zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Wirtschaftskraft. Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es in den kommenden Jahren eines erheblichen Investitionsschubs, der weit über die bestehenden Anstrengungen hinausgeht. Es werden sehr hohe Investitionen - im Milliardenbereich - seitens der öffentlichen aber auch der privaten Seite nötig sein, um die europäisch festgehaltenen Klima- und Energieziele bis 2020 zu erreichen. Führen wir die aktuelle Politik fort, werden wir diese Ziele nicht erreichen. Denn weder der freie Markt noch die öffentliche Investitions- und Subventionspolitik haben in den vergangenen Jahren Schwung in den Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) bzw. in die Klimaschutzpolitik bringen können. Dies aus mehreren Ursachen:

1. Es fehlt eine Marktlogik

Zurzeit ist vor allem die öffentliche Hand Antreiber in der Klimaschutzpolitik. Vor allem mit Hilfe von Subventionen oder anderen öffentlichen Vergünstigungen wurden in der Vergangenheit Anreize geschaffen, die allerdings gesamt gesehen, trotz eines sehr hohen finanziellen und bürokratischen Aufwands, nur einen eher geringen Impact auf das Erreichen der Klimaschutzziele hatten. Dies liegt zum großen Teil daran, dass die Subventionen zum größten Teil „blind“ eingesetzt werden, anstatt vor allem dort, wo sie energetisch und sozial gesehen die größte Wirkung erzielen könnten. Die öffentliche Subventionspolitik von Staat und Gemeinden muss deshalb in Frage gestellt werden.

Des Weiteren haben Staat und Gemeinden nicht die Vorbildfunktion eingenommen, die man hätte erwarten können vor dem Hintergrund der gesetzten nationalen Ziele: z.B. wurde in den vergangenen Jahren nur

unzureichend und in einem zu niedrigen Rhythmus in die energetische Sanierung von öffentlicher Bausubstanz investiert. Auch auf privater Seite wurde nur sehr zögerlich und nicht in dem von den national gesetzten Klimaschutzziele erforderlichen Maß in die erneuerbaren Energien investiert trotz Subventionen und Steuervergünstigungen. Und auf der Seite der Kreditgeber wurde bisher allzu oft Symbol- bzw. Marketingpolitik betrieben.

Nach Erachten der DP werden wir die Klimaschutzziele nicht erreichen, wenn wir auf diesem Weg weitermachen. Die bestehende „Verwaltungs- und Subventionslogik“ muss deshalb auf Dauer einer „Marktlogik“ weichen, wenn wir einerseits die Klimaschutzziele erreichen wollen und andererseits die Zukunft des Wirtschaftsstandorts vorbereiten wollen. Markthindernisse müssen aus dem Weg geräumt werden oder gezielt von der öffentlichen Hand begleitet werden. Die Aufgabe der öffentlichen Hand darf sich nicht in einer Subventionsrolle erschöpfen.

2. Förderinstrumente klimapolitisch ineffizient

Die bestehenden Förderinstrumente haben den CO₂-Zuwachs kaum kompensieren, geschweige denn senken können. Aus Effizienzgründen müssen deshalb die vielen unterschiedlichen (und zum Teil gegensätzlichen) Förderinstrumente auf ihre Gesamtwirkung hin überprüft werden, besser aufeinander abgestimmt werden und ggf. abgeschafft, ersetzt bzw. in eine andere marktorientierte Förderpolitik integriert werden. Dazu gehört auch eine Diskussion über sich widersprechende staatliche Subventionen, wie z.B. die Einnahmen aus dem sogenannten Tanktourismus (sie bringen hohe Einnahmen, bedingen auf der anderen Seite aber immer höhere Kosten durch ihre negative Auswirkung auf die nationale CO₂ Bilanz), die Kompensationsmaßnahmen für Haushalte mit niedrigem Einkommen bei hohen Energiepreisen (die hohen Preise werden aufgrund sozialer Kriterien zeitweise kompensiert, die Haushalte bleiben allerdings in der Energiepreisfalle hängen) oder die Zusammensetzung des Indexwarenkorb (steigende Ölpreise und damit Kosten für die Gesamtwirtschaft führen zu steigenden Löhnen, wodurch ein doppelt negativer Effekt für die Wirtschaft und damit für die Sicherheit der Arbeitsplätze entsteht).

3. Förderinstrumente sozialpolitisch ineffizient

In Zukunft wird es sozialpolitisch auch darum gehen, Energiearmut zu bekämpfen. Gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen wohnen oftmals in Bausubstanzen, die ob mangelnder Isolierung und Heiztechnik mit hohen Energiekosten verbunden sind. Die bestehenden Förderinstrumente gehen aber fast gänzlich an diesen Haushalten vorbei, weil sie eben nur einen Teil der Investition abdecken und der andere Teil von den Haushalten selbst aufgebracht werden muss. Dies führt dazu, dass die Förderinstrumente gerade dort versagen, wo mit dem geringsten Aufwand die größten CO₂-Gewinne und die größten sozialpolitischen Gewinne machbar wären.

4. Hindernis Projektgröße und Rendite

Eine marktorientierte Klimaschutzpolitik bedeutet, dass in erster Linie systembedingte Hürden abgebaut und die für langfristige Investitionen notwendigen Sicherheiten gewährleistet werden. So führt beispielsweise die oftmals für Investoren unzureichende Größe der Projekte dazu, dass das notwendige Geld eben nicht in den Klimaschutz investiert wird, sondern in andere Kanäle fließt. Viele kleine Projekte (Dachisolation, Fensterisolation, Warmwassertemperaturkontrolle, ...) sind uninteressant für institutionelle Investoren, zumal die Renditen eher langfristig zu erwarten sind.¹ Es sind aber gerade die vielen kleinen Investitionen, die in tausenden Häusern und Gebäuden zu deutlichen Energieersparnissen führen.²

5. Hindernis Kreditwürdigkeit

Zum Problem der Projektgröße gesellt sich das Problem der Kreditwürdigkeit der Haushalte, wo Investitionen in die Energieeffizienz am meisten Sinn machen würden. In der Tat sind viele Haushalte, bei denen an sich mit kleinen Investitionen hohe CO₂-Gewinne erzielt werden könnten,

¹ Die Langfristigkeit von Investitionen in den Bereich der EE wird für Investoren auch dann zu einem Problem, wenn diese Investitionen von öffentlichen Subventionen begleitet werden, und gleichzeitig in den Augen der privaten Investoren die Ungewissheit besteht, ob diese politischen Rahmenbedingungen über den gesamten Investitionszeitraum Bestand haben. Es bedarf demnach langfristig sicherer vertraglicher oder reglementarischer Rahmenbedingungen, um Investitionen überhaupt zu ermöglichen.

² In diesem Zusammenhang möchte die DP betonen, dass sie nach wie vor die Einführung von Energiesteuern zu diesem Zeitpunkt deutlich ablehnt. Energiesteuern würde gerade die Haushalte bestrafen, die am wenigsten Eigenmittel zur energetischen Sanierung ihrer Häuser aufbringen können.

für die Banken nur bedingt kreditwürdig sind, weil sie nicht die notwendigen Sicherheiten bieten können.

Das gleiche Phänomen ist festzustellen beim sogenannten „Contracting“. Auch hier fehlt entweder den Unternehmen das für die Vorfinanzierung notwendige Kapital bzw. wird es ihnen von den Banken verweigert, weil Sicherheit und Rendite nicht in dem für andere Investitionen üblichen Maß gegeben sind.

6. Hindernis hohe Investitionskosten

Was die Investitionen der Unternehmen in ihre eigene Infrastrukturen und Produktionsabläufe anbelangt, so ist festzustellen, dass für kleinere und mittlere Unternehmen die Investitionskosten in der Regel zu hoch sind: Nicht nur dass die Gewinne derartiger Investitionen in vielen Fällen eher langfristiger Natur sind, sondern vor allem die Tatsache, dass in EE oder Energieeffizienz investiertes Geld nicht mehr für andere Investitionen zur Verfügung steht (beispielsweise in die Produktentwicklung) hält viele Unternehmen von Investitionen ab. Dies erklärt auch zum Teil, warum die bestehenden Subventionen und Steuervergünstigungen bisher nur einen bedingten Effekt im Bereich der Unternehmen gebracht haben.

7. Hindernis Risikokapitalmangel

Für Unternehmen, die in die Entwicklung oder Weiterentwicklung von EE-Technologien investieren wollen, steht zudem generell zu wenig Risikokapital zur Verfügung, um diesen Technologien zum Durchbruch bzw. zur Marktreife zu verhelfen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat bisher nur wenige positive Resultate im Bereich EE-Standortpolitik zu verzeichnen. Das Gesetz vom 5. Juni 2009 betreffend die Forschung und Entwicklung sieht zwar einige Staatshilfen in diesem Fall vor, ohne dass aber bisher hierdurch die notwendige Dynamik entwickelt werden konnte. Die DP ist der Meinung, dass die Klimabank eine interessante Alternative oder zusätzliche Finanzierungsquelle sein könnte.

8. Klimaschutzpolitik ist unübersichtlich

In den letzten Jahren hat sich neben einem regelrechten Subventionsdschungel ein für die Bürger unüberschaubarer Wirrwarr an klimapolitischen Akteuren vor allem im öffentlichen Bereich bzw. in dessen direktem Umfeld entwickelt (Wirtschaftsministerium, Ministerium für nachhaltige Entwicklung, Stromversorger, private und kommunale Energieberatung, Gemeinden,...). Es fehlt eindeutig an einer für die Bürger und Investoren klar erkennbaren Anlaufstelle.

2. KAPITEL: Aktivieren, finanzieren, garantieren. Die Aufgaben und Instrumente der Klimabank

Nur selten ist der Klimaschutz die erste Priorität von Haushalten, Unternehmen und Gemeinden, wenn es um neue Investitionen geht. Auf Förderinstrumente wird deshalb nur dann zurückgegriffen, wenn die bewusste Entscheidung zu einer Investition sich wirklich lohnt und wenn nicht noch andere potenzielle Investitionen (beispielsweise in den Komfort einer Wohnung, neue Produktionsabläufe,...) in Konkurrenz stehen.

Diese Logik gilt es zu durchbrechen. Die DP fordert deshalb einen klimapolitischen Akteur, der in erster Linie drei Ziele verfolgen soll: Er soll erstens durch interessante Finanzierungsmodelle mehr Investitionsentscheidungen zugunsten von EE herbeiführen. Er soll zweitens verhindern, dass andere private oder öffentliche Investitionen zeitlich nach hinten verschoben werden müssen. Er soll drittens die für Kapitalgeber notwendigen Garantien bieten.

1. Klare Ziele und Qualitätskriterien

Die Ziele der Klimabank müssen, wie bereits ausgeführt, klar definiert werden. Die Klimabank muss den Klimaschutz in Luxemburg fördern bzw. dazu beitragen die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Sie muss zudem Projekte, die von nationalen oder europäischen Unternehmen im EE-Bereich im In- und Ausland getätigt werden, mitfinanzieren oder Garantien bieten können. Es muss ferner geklärt werden, inwiefern die Klimabank im Bereich der Entwicklungshilfe aktiv werden kann, ohne dass hierbei die allgemein gültigen internationalen Standards verletzt werden.

Sie muss wie eine Bank funktionieren, wobei sie sich an klaren Qualitätskriterien orientieren muss: Investitionen müssen nachhaltig und ethisch korrekt sein. Die Geschäfte der Klimabank müssen selbstverständlich gemäß den im Finanzbereich bestehenden gesetzlichen Regelungen abgewickelt werden. Die Klimabank soll nur dort aktiv werden, wo die Marktkräfte allein nicht ausreichen. Das bedeutet, dass die Klimabank

entweder ganz oder aber zusammen mit anderen Kreditgebern EE-Projekte finanzieren kann.

Die Klimabank soll neben der aktiven Umsetzung der klimapolitischen Zielsetzungen die Regierung im Bereich Klimaschutzpolitik beraten helfen. Ihr Knowhow muss in die Regierungsarbeit einfließen. Des Weiteren soll die Klimabank die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren (Weltbank, EIB,...) pflegen.

2. Investitionen vorfinanzieren

Das Vorfinanzierungsmodell, wie von der DP gefordert, bedeutet eine Abkehr vom bestehenden Subventionsmodell. Während Subventionen zum einen nur einen Teil einer Investition abdecken und zum anderen eine unumkehrbare öffentliche Ausgabe darstellen, geht das Vorfinanzierungsmodell deutlich weiter, weil es eine Investition bis zu 100% finanzieren kann und weil das vorfinanzierte Geld im Lauf der Zeit zurückerstattet wird, so dass die vorfinanzierten Summen nur eine temporäre und keine definitive öffentliche Ausgabe darstellen. Die Rückzahlungen können dabei entweder nach dem „pay as you save-Modell“³ oder in Raten (z.B. bei Neubauten,... cf. KfW) erfolgen, wobei die Zinssätze je nach Situation sozial und/oder ökologisch gestaffelt werden können.

3. Eine einzige Anlaufstelle für die Bürger, Unternehmen und Gemeinden

Weil die Klimabank proaktiv tätig sein soll und weil es in den Augen der DP Sinn macht, dass in Zukunft eine einzige Anlaufstelle für Bürger und Unternehmen bzw. öffentliche Körperschaften besteht, soll und muss die Klimabank ganz eng mit den privaten und öffentlichen Energieberatern bzw. Handwerkern zusammenarbeiten, ohne dass eine zusätzliche Schnittstelle für die Antragsteller entsteht.⁴ Alle Akteure sollen in Zukunft eine zentrale

³ „Pay as you save“ bedeutet, dass die Monatsraten, die ein Haushalt/Unternehmen zurückzahlen muss, so hoch sind wie die tatsächlichen monatlichen Energieeinsparungen. Dazu muss der Energiebedarf im Vorfeld der Sanierung gemeinsam mit dem Haushalt/Unternehmen ermittelt werden, um somit die tatsächlichen Ersparnisse bzw. Monatsraten nach der Sanierung berechnen zu können.

⁴ Diese Überlegungen müssen mit in den sogenannten Klimapakt zwischen Regierung und Gemeinden einfließen.

Anlaufstelle haben, wo ein Projekt von vorne bis hinten geplant, finanziert und kontrolliert werden kann.⁵

4. Ausbau der erneuerbaren Energien mit neuen Instrumenten fördern

Die Klimabank soll nicht nur Investitionen in die Bausubstanz mitfinanzieren, sondern darüber hinaus einen neuen Schwung in die Bereiche bringen, wo die Marktkräfte zumindest im Moment nicht ausreichen. Dies bedeutet, dass die Klimabank in Zukunft Investitionen in den Ausbau oder die Entwicklung von EE-Technologien begleiten soll⁶, Risikokapital für im Bereich EE tätige Start-ups oder Unternehmen zur Verfügung stellen soll (cf. Cluster Wirtschaftsministerium), Investoren bei größeren EE-Investitionsprojekten (z.B. bei Investitionen in größere Anlagen) zusammenbringen soll und Versicherungen oder Garantien bei sinnvollen aber risikoreicheren Investitionen (De-Risking) bieten soll. Innovation, Forschung und Entwicklung im Bereich der EE voranzubringen, muss ein erklärtes Ziel der Klimabank sein.

5. Investitionen nur dort tätigen, wo die Marktkräfte versagen

Die Klimabank soll nur dort Investitionen tätigen, wo die Marktkräfte versagen. Dort wo also sowieso genügend Kapital zur Verfügung steht, soll die Klimabank sich nicht an Investitionen beteiligen. Dies bedeutet im Klartext, dass die Klimabank zusammen mit privaten Banken die Finanzierung von Projekten übernehmen kann, entweder durch eine direkte Kreditvergabe (von bis zu 100% der Investitionssumme) aufgrund von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien oder einfach durch eine Garantie eines Kredits, der ansonsten nicht von einem privaten Kreditgeber gegeben würde.

⁵ Es wäre vorstellbar, dass der Antragsteller entweder auf einen von ihm selbst bestimmten oder von der Klimabank vermittelten Energieberater zurückgreifen kann. Des Weiteren sollte es auch dem Handwerker möglich sein bei seinem Kunden, die Finanzierungsfrage via Klimabank zu klären bzw. den Kontakt zur Klimabank herzustellen.

⁶ In diesem Fall soll darüber nachgedacht werden, ob die Klimabank auch im Prinzip Teilhaber an EE-Unternehmen werden könnte.

6. Kapital für Klimabank beschaffen

Um die durch die Klimaziele bedingten Investitionssummen sehr schnell aufbringen zu können, muss die Klimabank mehrere finanzielle Ressourcen erhalten. Die Klimabank muss einerseits offen für institutionelle und private Kapitalgeber sein und andererseits eigene Einnahmen aus ihren Aktivitäten generieren können.⁷ Jedoch wird dieses Kapital allein nicht ausreichen, um rasch die notwendigen hohen Investitionssummen aufbringen zu können. Dieses Problem könnte behoben werden durch die Herausgabe von sogenannten „nachhaltigen Anleihen“ (climate bonds), Kassascheinen (bon de caisse) oder von Sparbriefen (bon d'épargne à capital).

Diese fest verzinslichen Wertpapiere sollen einerseits die Aktivitäten der Klimabank finanzieren und andererseits sichere und nachhaltige Renditen für die Anleger gewährleisten. Potenzielle Anleger können neben Privathaushalten oder Unternehmen beispielsweise öffentliche und private Pensions- und Lebensversicherungsfonds sein, für die diese Art von Wertpapieren besonders interessant sind, da sie auf langfristige und sichere Renditen ausgelegt sind.

Was die Deckung von möglichen Kreditrisiken anbelangt ist die DP der Meinung, dass die Finanzprodukte der Klimabank von einer staatlichen Garantie gedeckt sein sollen (der Luxemburger Staat könnte seine AAA Bewertung aktiv für das Erreichen von Klimazielen nutzen).

Zudem will die DP die Möglichkeit ausloten, inwiefern nachhaltige steuervergünstigte Kleininvestor- bzw. Kleinsparerprodukte geschaffen werden könnten, um der Klimabank und privaten Banken, die in den Bereich Nachhaltigkeit investieren, zusätzliche Ressourcen zu verschaffen bzw. Kleinanlegern neue und sichere Anlagemöglichkeiten zu bieten.

⁷ vgl. hierzu auch den Marguerite Fund: Der Marguerite Fonds wurde 2009 mit einem Startkapital von 600 Millionen EUR von öffentlichen europäischen Finanzinstituten eingesetzt, um Investitionen in die EE zu fördern. „The Fund should serve as a model for the establishment of other similar funds in the EU wishing to combine a market-based principle of return to investors with the pursuit of public policy objectives.“ (Pressemitteilung vom Dez. 2009)

7. Bisherige Klimaschutzinstrumente in die Klimabank integrieren

Rechtlich zu überprüfen ist außerdem inwiefern die Aufgaben und Einnahmen des Kyotofonds bzw. aus dem Zertifikathandel in die Klimabank integriert werden könnten.⁸ Hierdurch könnten weitere Synergieeffekte entstehen, das Gewicht der Klimabank als umweltpolitischer Akteur gesteigert werden und vor allem Effizienzgewinne durch den Abbau von Schnittstellen zwischen umweltpolitischen Akteuren erzielt werden.

⁸ Vgl. hierzu Artikel 22 der abgeänderten « Loi du 23 décembre 2004 1) établissant un système d'échange de quotas d'émission de gaz à effet de serre; 2) créant un fonds de financement des mécanismes de Kyoto; 3) modifiant l'article 13bis de la loi modifiée du 10 juin 1999 relative aux établissements classés. »

3. KAPITEL: Die Struktur der Klimabank

Die Klimabank soll wie eine regelrechte Bank funktionieren. Was die genaue Rechtsform anbelangt, so ist die DP der Meinung, dass die bestehenden öffentlichen Unternehmen im Kreditwesen wie z.B. die „Société Nationale de Crédit et d'Investissement“ (SNCI), die selbst als „établissement bancaire public“ geschaffen wurde, oder aber z.B. die deutsche KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) als Diskussionsgrundlage dienen sollen.

Es muss gewährleistet werden, dass die Klimabank in ihrem Alltagsgeschäft unabhängig arbeiten kann, ansonsten sie nicht die erforderliche Dynamik entwickeln kann. Diese Unabhängigkeit von Regierungspolitik gibt den Investoren zudem die Sicherheit, die sie brauchen, um langfristig angelegte Investitionen zu rechtfertigen. Wechselnde parlamentarische Mehrheiten werden demnach keinen direkten Einfluss auf die Klimabankpolitik haben.

Die Klimabank soll einen zentralen Sitz haben und ihr Verwaltungsrat soll sich aus den wichtigsten Teilhabern der Klimabank zusammensetzen (Privatinvestoren und Vertreter der öffentlichen Hand). Das Direktorium sowie das Management sollen sinnvollerweise aus Spezialisten des Privatsektors (Investmentbereich, Erneuerbare Energien,...) bestehen, um das kommerzielle Element der Bank zu stärken.

4. KAPITEL: Next Steps

Es ist Eile geboten, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Deshalb plädiert die DP für eine zügige Umsetzung der Klimabankidee. Das Parlament hat an sich in seiner Sitzung vom 7. April 2011 durch die Zustimmung der DP-Motion betreffend die Schaffung einer Klimabank den Startschuss für dieses Projekt gegeben.

Die DP fordert die Regierung deshalb auf, dieses Konzept noch vor Ablauf dieses Jahres eingehend zu studieren und zusammen mit dem Parlament, die sich hieraus ergebenden Schlussfolgerungen zu erörtern. Parallel dazu soll das Parlament einen Sonderausschuss einsetzen, der sich mit der Schaffung der Klimabank beschäftigt. Alle Akteure (Investoren, ökologische Vereinigungen usw.) müssen in einem transparenten Prozess teilhaben können.

Anschließend muss die Regierung ein langfristiges Finanzierungskonzept auf die Beine stellen und Überzeugungsarbeit bei Investoren wie Banken, Versicherungen, Unternehmen, Pensionsfonds u.a.m. leisten. Eventuell muss die Regierung mit der europäischen Kommission im Vorfeld klären, wie die Klimabank im Detail gestaltet werden muss, damit ihre Aktivitäten nicht als verkappte Staatshilfen bewertet werden.

Die Klimabank soll spätestens 2013 stehen und ihre Arbeit aufnehmen können.

Ein konkretes Beispiel: die Rue Pierre Krier in Differdingen

Profil der rue Pierre Krier: 52 Reihenhäuser und 10 Eckhäuser,
Baujahr: 1950er Jahre



	Investition (€) **	Ersparnis/Jahr (€)***	CO2-Ersparnis/Jahr (kg)
Reihenhaus*	14 578	1 258	4 718
Eckhaus*	19 108	1 573	5 898

* beheizte Fläche +- 115 qm

** Investition: Fassaden-, Dach-, Fenster- und Kellerisolierung

*** im Vergleich zu den heutigen Energiepreisen

Durch die Energieeinsparungen macht sich die Investition nach 12 Jahren bezahlt

CO2-Einsparung für die gesamte Rue Pierre Krier: 390 Tonnen CO2 / Jahr.